

Das Marktstammdatenregister

bei der Bundesnetzagentur

20. April 2015

Die Bundesnetzagentur hat im Herbst 2014 ein Diskussionsdokument für ein Register aller Stammdaten im deutschen Energiemarkt vorgelegt, zu dem zahlreiche Stellungnahmen eingegangen sind, die auf der [Website der Bundesnetzagentur](#) veröffentlicht sind. Die Stellungnahmen wurden umfassend gewürdigt; als Ergebnis wird nachfolgend eine Konzeption des Marktstammdatenregisters vorgelegt, die zur Grundlage der Ausschreibung der erforderlichen Software dienen wird. Sofern dieses Dokument die notwendige gesetzgeberische Flankierung des Registers betrifft, ist es als unverbindliche Empfehlung zu verstehen.

1. Hintergrund und Zielsetzung

Im Zuge der Regulierung und der Energiewende ist eine Fülle an Registrierungs-, Melde- und Informationspflichten entstanden. Die Akteure des Strom- und Gasmarktes müssen sich an verschiedenen Stellen nach divergierenden Verfahren registrieren und ihre Daten jeweils aktuell halten. Dies führt zu einem erheblichen Aufwand bei der Energiewirtschaft, aber auch bei den zuständigen Behörden. Nahezu alle Akteure haben dieses Problem in der Diskussion zum Marktstammdatenregister vorgetragen.

Unter der Vielzahl von Erhebungen leidet die Kohärenz und damit die Qualität der Daten. Eine ganz wesentliche Aufgabe des Marktstammdatenregisters wird es daher sein, einen **substanziellen Beitrag zur Bündelung und Vereinfachung** zu leisten. Aus diesem Grund sieht das BMWi das Marktstammdatenregister auch als wichtige Maßnahme im Rahmen der Eckpunkte der Bundesregierung zur weiteren Entlastung der mittelständischen Wirtschaft von Bürokratie vom Dezember 2014. Dabei ist klar, dass bestehende Meldepflichten erst abgeschafft bzw. vereinfacht werden können, wenn der reibungslose Informationsfluss über das Marktstammdatenregister sichergestellt ist. In einer Übergangszeit kann es zu einem Mehraufwand kommen.

Ein zweites wichtiges Ziel des Marktstammdatenregisters ist es, die **Verfügbarkeit und Qualität energiewirtschaftlicher Stammdaten** für den Energiemarkt, Behörden und Politik, Wissenschaft und Forschung sowie für die interessierte Öffentlichkeit zu erhöhen. Die Möglichkeit, hochwertige Stammdaten jederzeit von einer zentralen Stelle abzurufen und mit eigenen Informationen abzugleichen, unterstützt die Marktakteure bei der Abwicklung ihrer energiewirtschaftlichen Prozesse und kann sie von individueller Datenerhebung und dem Abgleich mit unterschiedlichsten Quellen entlasten. Für die Politik soll das Marktstammdatenregister einen wertvollen Beitrag zum Monitoring energiepolitischer Instrumente leisten und damit zur informierten Entscheidungsfindung beitragen. In diesem Zusammenhang können auch Entwicklungen, die wie die zunehmende Stromeigenversorgung mit Klein(st)anlagen von der herkömmlichen Energiestatistik nur unzureichend erfasst werden, besser verfolgt werden.

Drittens kann je nach Ausgestaltung des Marktstammdatenregisters die Öffentlichkeit von einer erhöhten **Transparenz und Nachvollziehbarkeit der Energiewende** profitieren, was nicht zuletzt deren Akzeptanz stärken wird. Dabei sind dem Datenschutz und der Datensicherheit ein hoher Stellenwert einzuräumen.

Gemäß der auf der Grundlage des § 93 EEG 2014 erlassenen Anlagenregisterverordnung (AnlRegV) hat die Bundesnetzagentur ein Register für die Stammdaten der EE-Anlagen aufgebaut. In § 53b EnWG ist für das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie die Ermächtigung zum Erlass einer Verordnung verankert, nach der weitere Stammdaten in einem behördlichen Gesamtanlagenregister erfasst werden können; dies betrifft die Stammdaten der konventionellen Erzeugungsanlagen aber auch die Stammdaten sonstiger Akteure des Strom- und Gasmarktes. Von der Verordnungs-Ermächtigung soll zeitnah Gebrauch gemacht werden.

Die AnlRegV und die Verordnungsermächtigung in § 53b EnWG sind so angelegt, dass sich aus beidem zusammen ein einheitliches Gesamtanlagenregister ergeben kann. Dieses Register soll zudem behördliche Meldepflichten hinsichtlich der jeweils erforderlichen Stammdaten ersetzen oder vereinfachen; das Register soll bei der Bundesnetzagentur geführt werden.

Die Bundesnetzagentur gestaltet die Beschaffung einer Software für das EE-Anlagenregister so aus, dass damit die Aufgaben des Gesamtanlagenregisters erfüllt werden können. Zugleich soll mit der Software ein umfassendes Marktstammdatenregister (kurz: MaStR) ermöglicht werden, so dass in Zukunft auch Marktakteure erfasst werden könnten, die bisher in § 53b EnWG nicht berücksichtigt sind, u.a. Stromlieferanten, Direktvermarktungsunternehmen, Behörden.

Das MaStR soll der zentrale Speicherort für die Anlagenstammdaten werden. Damit nicht ein zusätzliches Register mit einer weiteren Meldepflicht geschaffen wird, sollen die anderen bisher bestehenden behördlichen Meldepflichten von einer Registrierung im MaStR abgelöst werden können. Innerhalb der Bundesnetzagentur betrifft dies

- das seit 2009 geführte PV-Melderegister,
- das im August 2014 bei der Bundesnetzagentur eingeführte EE-Anlagenregister
- die Stammdatenmeldung für Strom- und Gasnetzbetreiber und für die Stromlieferanten.

Damit werden die Meldungen für die betroffenen Akteure vereinfacht und zugleich der Umfang und die Aktualität der Informationen erhöht. Wenn der Gesetzgeber entsprechende rechtliche Änderungen vornimmt, können weitere Meldepflichten wegfallen oder vereinfacht werden. Sobald die gespeicherten Daten in entsprechender Qualität hinterlegt werden, kann das Marktstammdatenregister unter Umständen auch dazu benutzt werden, dass Prozesse der Marktteilnehmer untereinander unter Nutzung der MaStR-Daten abgewickelt werden. Hierzu sind Vorgaben an die Dateninhaber zur Sicherung der Datenqualität mit entsprechenden Sanktionsmöglichkeiten erforderlich, was ebenfalls einer gesetzlichen Regelung bedürfte.

Verantwortlich für die gespeicherten Daten und ihre Richtigkeit müssen die Dateninhaber sein, weil sie diejenigen sind, die am besten Gewähr hierfür übernehmen können. Eine Verantwortungsübernahme der Bundesnetzagentur kommt hingegen nicht in Betracht.

2. Empfehlungen an das BMWi

Einige der in dieser Konzeption vorgelegten Vorgehensweisen bedürfen einer gesetzlichen Umsetzung – sie sind daher nur als eine Empfehlung zu verstehen. Ein gesetzgeberischer

Automatismus wird dadurch selbstverständlich nicht ausgelöst. Bei der weiteren Verwirklichung des MaStR wird daher stets darauf zu achten sein, dass sich aus der Software möglichst keine Vorfestlegungen ergeben, die den Entscheidungsspielraum der Politik einengen könnten.

Unter Mitwirkung der betreffenden Behörden ist zu identifizieren, welche gesetzgeberische Möglichkeiten für die gesetzlich flankierte Einführung des MaStR bestehen und welche behördlichen Meldepflichten die Politik durch die Einführung des MaStR vereinfachen, zusammenfassen oder ablösen könnte. Ein Großteil der erforderlichen Regelungen liegt derzeit entweder nur für die EE-Anlagen vor oder ist in unterschiedlichen gesetzlichen Kontexten mit heterogenen Adressatenkreisen, Verfahren und Definitionen geregelt; es liegt nahe, dass die Politik hier zu Bündelungen und Vereinfachungen kommen könnte. Die Verpflichtungen zur Dateneingabe und -aktualisierung, die in der AnlRegV bereits enthalten sind, können vom Gesetzgeber für eine rechtliche Umsetzung des Marktstammdatenregisters übernommen werden.

3. Diskussion des Konzepts

Im Herbst 2014 hat die Bundesnetzagentur die Konzeption des MaStR Marktteilnehmern und anderen Behörden vorgestellt und um Stellungnahmen gebeten. Insgesamt gingen Stellungnahmen von 23 verschiedenen Organisationen ein.

Die Diskussionsteilnehmer setzten sich differenziert und kritisch mit dem Konzept auseinander. Insbesondere der mögliche Wegfall behördlicher Meldepflichten wurde allgemein begrüßt, ging manchen Teilnehmern aber nicht weit genug. Auf Basis der Diskussionsbeiträge ist die Konzeption überarbeitet und konkretisiert worden. Allerdings konnte nicht allen Wünschen entsprochen werden, vor allem musste ein Ausufern der Datenerfassung verhindert werden. Zentral ist beispielsweise, dass nur Stammdaten in das MaStR aufgenommen werden (näheres hierzu unter 4.).

Im Hinblick auf behördliche Meldepflichten wurde von Diskussionsteilnehmern ein möglichst umfassender Zugriff der verschiedenen Behörden auf möglichst viele Daten gefordert, damit die Unternehmen an dieser Stelle entlastet werden können und es zu einem Bürokratieabbau kommt. Diesem Vorschlag wurde umfassend gefolgt. Der Zugriff soll automatisiert eingeräumt werden, soweit er gesetzlich angeordnet ist. Dabei soll jederzeit erkennbar sein, wem welche Daten zugänglich gemacht werden. Auch sollte nach Ansicht vieler Diskussionsteilnehmer eine möglichst umfangreiche Erfassung der Akteure stattfinden. Aus diesem Grund sollten die Nutzungsrechte hinreichend komplex ausgestaltet werden und möglichst mit einer individuellen Datenfreigabe versehen werden. Auch diesem Vorschlag, der weit über den Ansatz des Diskussionsdokuments hinausgeht, soll gefolgt werden (näheres hierzu unter 6.2).

Einige Diskussionsteilnehmer betonten, dass der Datenschutz stets gewahrt bleiben solle, da auch Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse im MaStR gespeichert werden müssen. Dem trägt das Konzept Rechnung (näheres hierzu unter 6.).

In technischer Hinsicht wurde eine Software gefordert, die mit Standardgeräten und Standardprogrammen einfach bedient werden kann. Diese Anforderung soll durch die Software abgedeckt werden: Es soll eine passende einheitliche Schnittstelle zum MaStR angeboten werden und es soll ein einfacher Zugriff über das Internet ausgestaltet werden. Selbstver-

ständig muss dabei ein hohes Niveau an Datensicherheit gewährleistet werden (näheres hierzu unter 7.).

Die von einigen geforderte Abwicklung von Marktprozessen innerhalb des MaStR soll allerdings nicht umgesetzt werden; die bestehenden Prozessverantwortlichkeiten sollen nicht verändert werden (näheres hierzu unter 6.3.).

Sofern die Weichen richtig gestellt werden, wird das MaStR von den Diskussionsteilnehmern als ein hilfreiches Instrument gesehen. Die gespeicherten Daten könnten etwa für Netzbetreiber bei der Netzführung oder auch schon bei der Netzplanung hilfreich sein. Wie sehr das MaStR genutzt werden könne, sei jedoch stark von der Qualität und Verfügbarkeit der gespeicherten Daten abhängig. Geeignete Anreize und Sanktionsmöglichkeiten seien zu finden. In dieser Hinsicht wird den Diskussionsbeiträgen umfassend gefolgt: Das MaStR soll eine hohe Datenqualität beinhalten, die durch die jederzeitige Pflicht zur Aktualisierung der Daten einerseits und eine ständige Betreuung des MaStR durch die Bundesnetzagentur andererseits laufend gesteigert wird.

4. Stammdatenerfassung im MaStR

Im MaStR werden ausschließlich Stammdaten erfasst. Als Stammdaten gelten Daten wie der Name des Marktakteurs, die Zuordnung von Anlagen zu Netzen, die Anlagengröße und -leistung, Angaben zur Fernsteuerbarkeit, obwohl auch diese Daten nicht völlig unveränderlich sind. Bewegungsdaten, die mit der energiewirtschaftlichen Aktivität des Marktakteurs oder den Vorgängen innerhalb von Anlagen verbunden sind, sind z.B. Stromproduktionsmengen, Lastflussdaten, Speicherfüllstände, EEG-Vermarktungsformen und ähnliches. Bewegungsdaten werden im MaStR nicht erfasst oder verwaltet.

4.1. Personenbezogene Stammdaten

Im MaStR werden die Stammdaten der natürlichen und juristischen Personen, die im Energiemarkt aktiv sind, registriert und gepflegt. Die nachfolgende Liste, die der Konkretisierung bedarf, orientiert sich an der Verordnungsermächtigung in § 53b Nr. 1 EnWG. Ob über die genannten Marktakteure hinaus künftig weitere Akteure zu erfassen sind, um die eingangs genannten Ziele zu erreichen, lässt sich zum jetzigen Zeitpunkt nicht abschließend beurteilen; dies ist eine Frage, die politisch zu klären ist und die nicht von dieser Konzeption vorweggenommen werden kann. Insofern wird die Liste als offen für Erweiterungen angesehen.

- Strom- und Gasnetzbetreiber,
- Marktgebietsverantwortliche,
- Betreiber von konventionellen und erneuerbaren Stromerzeugungsanlagen,
- Speicherbetreiber (Strom und Gas),
- Energielieferanten,
- Bilanzkreisverantwortliche (Strom- und Gasgroßhändler / Direktvermarktungsunternehmen) und
- Behörden (z.B. Landesregulierungsbehörden, BAFA, UBA).

Die Erfassung der Stammdaten im MaStR erfolgt marktrolle-bezogen: **Eine natürliche oder juristische Person, die eine Marktrolle einnimmt, wird im MaStR als „Marktakteur“ bezeichnet.** Eine Person, die mehrere Markttrollen einnimmt, muss sich im MaStR für jede Marktrolle einzeln als Marktakteur registrieren und die entsprechenden Daten separat hinterlegen. Da die Behörden als Adressaten vieler Melde- und Registrierungspflichten im Markt eine Funktion einnehmen, werden sie im MaStR als Marktakteure angelegt.

Von den Marktakteuren sind u.a. die folgenden Stammdaten zu registrieren:

- Marktrolle,
- Name und
- Kontaktdaten.

Jedem Marktakteur wird es ermöglicht, mehr als einen Benutzer für den MaStR zu registrieren; dabei wird es vom MaStR ermöglicht, dass die weiteren Benutzer einen Zugriff ohne Schreibrechte erhalten.

4.2. Anlagenbezogene Stammdaten

Im MaStR werden die Stammdaten von Anlagen, die für den Energiemarkt von Bedeutung sind, registriert; sie müssen von den Dateninhabern gepflegt werden. Die nachfolgende Liste, die wie die Liste der personenbezogenen Stammdaten für Erweiterungen und Ergänzungen offen ist, orientiert sich ebenfalls an der Verordnungsermächtigung in § 53b Nr. 1 EnWG:

- Erneuerbare und konventionelle Stromerzeugungsanlagen aller Größen (einschließlich Eigenversorgungs- und Netzersatzanlagen),
- Strom- und Gasnetze,
- Strom- und Gasspeicher.

Eine mögliche Erweiterung dieser Liste kann variable Lasten umfassen, die auch in einigen Stellungnahmen zum Konsultationspapier genannt wurden. In der Verordnungsermächtigung in § 53b Nr. 1 EnWG ist diese Möglichkeit angelegt, insbesondere das Kriterium für die Variabilität einer Last bedürfte noch der Konkretisierung; ggf. wären dann auch die Betreiber dieser Lasten als Marktakteure zu erfassen.

Es ist zu definieren, welche Daten zu den jeweiligen Anlagen zu registrieren und zu pflegen sind. Für die EE-Anlagen ist bereits in der AnlRegV eine technologiespezifische Liste von Stammdaten vorgegeben. Für die sonstigen Stromerzeugungs-Anlagen ist nach § 53b EnWG u.a. vorgesehen,

- den Standort der Anlage,
- den genutzten Energieträger,
- die installierte Leistung,
- weitere technische Eigenschaften ,wie Angaben zur Fernsteuerbarkeit der Anlage sowie
- Angaben zum Energieversorgungsnetz, an das die Anlage angeschlossen ist

zu registrieren. Diese Liste ist für die Stromerzeugungsanlagen weiter zu konkretisieren und für die sonstigen Anlagen (Netze, Gasspeicher etc.) zu erarbeiten.

4.3. Geodaten

Die gesetzlichen Regelungen sehen vor, dass für sämtliche Lageinformationen Geodaten zu hinterlegen sind. Insbesondere sind Anlagenstandorte georeferenziert zu erfassen. Da es für die Eingabe der Geokoordinaten verschiedene Verfahren gibt, ist noch festzulegen, welches Verfahren gewählt wird oder ob verschiedene Verfahren angeboten werden sollen. Denkbar sind:

- Angabe der Koordinaten durch den Dateneinhaber,
- Anklicken des Anlagenstandortes in einer vom MaStR angezeigten Karte durch den Dateneinhaber.

Für Strom- und Gasnetze muss ein angemessenes Verfahren erarbeitet werden, mit dem die Georeferenzierung in diesem Fall umgesetzt werden kann.

In jedem Fall sollen die Anlagenstandorte mit entsprechenden Informationen (zum Beispiel: Energieart, installierte Leistung usw.) in dynamischen Landkarten dargestellt und von den Marktakteuren heruntergeladen werden können. In welchem Umfang diese Funktionen auch der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt werden sollen, bedarf einer gesetzgeberischen Entscheidung. Um die Transparenz und Nachvollziehbarkeit der Energiewende zu erhöhen, sollten in jedem Fall aber Statistiken und Auswertungen, die von allgemeinem Interesse sind, graphisch und auch in Karten (zum Beispiel: Zubau Erneuerbare Energien pro Bundesland oder pro Energieträger) veröffentlicht werden.

4.4. MaStR-Nummern

Für das MaStR wird ein neues, einheitliches Nummernkonzept erarbeitet; es wird nicht auf ein bestehendes Nummernsystem zurückgegriffen, sondern ein neues geschaffen, das die folgende Charakteristik aufweist:

- Jeder Marktakteur erhält eine eindeutige Nummer, an deren Anfang die Marktrolle des Marktakteurs durch eine führende Buchstabenkombination kodiert wird.
- Anlagen erhalten ebenfalls eine Nummer, bei der in einer führenden Buchstabenkombination die Anlagenart kodiert wird.
- Die MaStR-Nummern sind abgesehen von der führenden Buchstabenkombination keine sprechenden Nummern und enthalten keine weiteren Informationen sondern werden vom MaStR zufällig zugewiesen.
- Jede Nummer enthält eine abschließende Prüfziffer, die in einem offenen Verfahren berechnet wird, um Eingabefehler zu minimieren.

Bisherige und sonstige Nummern können im MaStR als Stammdatum weiter geführt werden; Vergabe und Pflege dieser Nummern bleiben in der Zuständigkeit der vergebenden Stelle bzw. des Dateneinhabers. Welche der bisherigen und sonstigen Nummern aufgenommen werden und ob diese Nummern vertraulich sein müssen, bedarf der Klärung.

5. Datenpflege und Datenverantwortlichkeit

Die Daten werden im MaStR durch die Dateneinhaber selbst eingegeben, korrigiert und gepflegt. Die Gewährleistung korrekter Daten obliegt dadurch in vollem Umfang dem Datenein-

haber selbst. Ein Eingriff durch die Bundesnetzagentur erfolgt ausschließlich in wenigen vorab zu definierenden Fällen; ein solcher Fall besteht in der Möglichkeit der schriftlichen Beauftragung der Bundesnetzagentur, bestimmte Daten im MaStR einzugeben, zu ändern oder zu löschen. Auch in diesem Fall bleibt die Datenverantwortung beim Dateninhaber.

Die Bundesnetzagentur überwacht und plausibilisiert als registerführende Stelle die eingegebenen Daten und geht Hinweisen auf fehlerhafte Daten nach. Die Dateninhaber werden bei Zweifeln an der Datenrichtigkeit von der Bundesnetzagentur aufgefordert, die Daten zu überprüfen und ggf. zu korrigieren. Zur Mitteilung von möglichen Datenfehlern wird im MaStR eine Online-Maske eingerichtet, mit der Fehler und Unplausibilitäten an die Bundesnetzagentur gemeldet werden können (z.B. wenn im MaStR eine Anlage registriert ist, die nicht existiert.) Zudem könnte das MaStR die Dateninhaber regelmäßig ohne Anlass auffordern, ihre Daten zu kontrollieren und ggf. zu aktualisieren.

In speziellen Fällen kann die Bundesnetzagentur Marktakteure auffordern, die Daten anderer Marktakteure zu überprüfen. Wenn dabei auch die vertraulichen Daten geprüft werden sollen, bedarf es einer entsprechenden gesetzlichen Regelung, die den Zugriff auf die Daten oder deren Übermittlung erlaubt. In dieser Weise ist es in der AnlRegV für die Überprüfung der Anlagenstammdaten durch den Anschlussnetzbetreiber vorgesehen. Durch die Überprüfung wird sichergestellt, dass die Daten nach Möglichkeit korrekt sind.

In der Konsultation haben einige Akteure insbesondere für EE-Anlagen eine Eintragung durch den Anschlussnetzbetreiber als möglicherweise effizientere Lösung vorgeschlagen. Eine verpflichtende Eintragung der Daten durch jemand anderen als durch den Anlagenbetreiber selbst würde allerdings zumindest vorübergehend zu einem Bruch im Meldesystem führen und außerdem die Kontrolle durch die Netzbetreiber als Dritte verhindern. Ohnehin müssten die Anlagenbetreiber anschließend die Verantwortung für die Daten übernehmen, damit Aktualisierungen im Falle von Änderungen rasch erfolgen können. Denn den Netzbetreibern dürften diese häufig nicht oder nur mit Verzögerungen mitgeteilt werden. Die Anlagenbetreiber sind zudem diejenigen, die ohne weiteres an die Daten der Anlagen gelangen können; die Netzbetreiber haben in der Regel nicht einmal ein Betretungsrecht. Aus diesen Gründen wird dem in der Diskussion aufgeworfenen Vorschlag, die Netzbetreiber die Daten für EE-Anlagenbetreiber eingeben zu lassen, nicht gefolgt.

Der Eintrag im MaStR und die Richtigkeit und Aktualität der Daten dürfte zum Eigeninteresse der Marktakteure werden. Soweit behördliche und privatwirtschaftliche Abläufe durch die Meldung der Stammdaten an das MaStR vereinfacht werden, könnte die Abwicklung dieser Abläufe an eine vorherige Registrierung im MaStR gebunden sein. Dies würde zur Steigerung der Meldedisziplin und -qualität beitragen.

In der AnlRegV ist die Registrierung und Aktualisierung der Stammdaten als Pflicht ausgestaltet, die einerseits eine Voraussetzung der Förderung darstellt oder mit einer Reduzierung der Förderung sanktioniert ist, und die andererseits mit Bußgeldern durchgesetzt werden kann. Für die Pflichten sonstiger Anlagen und Marktakteure kann die Politik teilweise ähnliche Durchsetzungsinstrumente in Erwägung ziehen. Ggf. könnten Durchsetzungsinstrumente in anderen Gesetzen angepasst werden oder entfallen, wenn eine zentrale strafbewehrte Registrierungspflicht eingeführt wird.

5.1. Bestandsdaten

Die zu EE-Anlagen gespeicherten Daten, also die im PV-Meldeportal, im EE-Anlagenregister und in den bisherigen EE-Veröffentlichungen der ÜNB genannten Daten, werden derzeit von der Bundesnetzagentur, wie in der AnlRegV vorgesehen, zusammengestellt, konsolidiert, ausgewertet und anschließend veröffentlicht. Das MaStR soll darüber hinaus künftig auch die Stammdaten von Marktakteuren und Anlagen umfassen, die der Bundesnetzagentur bislang nicht vorliegen.

Für die Einbeziehung der Stammdaten von heutigen Marktakteuren und von Bestandsanlagen in das MaStR ist es allerdings erforderlich, dass – gemäß der grundlegenden Logik des MaStR – die Dateninhaber selbst Verantwortung für ihre Daten übernehmen und dauerhaft tragen. Für die Gewinnung der zusätzlichen Stammdaten und für den Übergang vom Eintrag in einer behördlichen Liste zu einem vom Dateninhaber selbst verantworteten Datensatz im MaStR bedarf es einer geeigneten Regelung. Diese Regelung muss berücksichtigen, dass Daten von rund 1,5 Mio. EE-Bestandsanlagen umzustellen sind.

6. Nutzung der MaStR-Stammdaten

6.1. Veröffentlichung der Stammdaten

Die Stammdaten und ihr Austausch unterliegen teilweise datenschutzrechtlichen Restriktionen. Dies gilt insbesondere für Stammdaten von natürlichen Personen; anlagenbezogenen Stammdaten sind vor allem dann schützenswert, wenn aus ihnen auf personenbezogene Daten zurückgeschlossen werden kann, wie es bei der Standortangabe kleiner Erzeugungsanlagen (private PV-Anlagen, Mini-BHKWs) regelmäßig der Fall ist; in diesen Fällen wird die Genauigkeit der Standortveröffentlichung reduziert. Wie einzelne Konsultationsteilnehmer angemerkt haben, gibt es aber auch unter den nicht personenbezogenen Stammdaten Informationen, die nicht veröffentlicht werden sollten. Beispielsweise könnte dies für die Schwarzstartfähigkeit von Stromerzeugungsanlagen gelten. Auch die besonderen Vorgaben aus der Verordnung (EU) Nr. 1227/2011 über die Integrität und Transparenz des Energiegroßhandelsmarkts (REMIT) sind zu beachten. Daten, die über REMIT erhoben wurden (z.B. über die dortige Marktteilnehmerregistrierung), unterliegen hohen Datenschutzanforderungen. Sie dürfen weder in unaggregierter Form veröffentlicht werden, noch für andere Zwecke als für die in der REMIT genannten Zwecke verwendet werden. Dies gilt jedoch nicht für öffentlich verfügbare Daten, die über die REMIT gesammelt werden sowie für Daten, die gemäß der REMIT veröffentlicht werden (z.B. im europäischen Register der Marktteilnehmer).

Im Ergebnis geht es darum, die geltenden datenschutzrechtlichen Bestimmungen und sicherheitsrelevante Belange einerseits und Veröffentlichungs- und Transparenzpflichten, wie sie sich beispielsweise aus dem E-Government-Gesetz oder dem Umweltinformationsgesetz ergeben, andererseits, in Einklang zu bringen. Hierzu bedarf es einer Klärung im Rahmen der Verordnung nach § 53b EnWG.

Jedenfalls den Marktakteuren soll in geeigneter Weise auch eine Historie der Entwicklung der Anlagen und Betreiber zugänglich gemacht werden, indem für die Daten ein Archiv eingerichtet wird, das z.B. im Jahresrhythmus Änderungen nachvollziehbar macht.

6.2. Datensicherheit, Freigabe von vertraulichen Daten

Eine entsprechende Regelung zum öffentlichen Zugang vorausgesetzt, wäre für viele praktische Anwendungsfälle des MaStR keine Registrierung erforderlich. Marktakteure, Wissenschaft, Investoren, Planungsbüros, Behörden, Kommunen, Netzausbauplaner etc. könnten ohne weiteres eine Auswertung der online zugänglichen Stammdaten vornehmen. Ggf. wäre eine einfache Registrierung anzubieten, mit der Funktionen wie das Abspeichern zusammengestellter Auswertungen verwirklicht werden können.

In Sonderfällen werden bestimmte vertrauliche Daten von Marktakteuren für bestimmte andere Marktakteure grundsätzlich freigegeben. Solche automatischen Datenfreigaben sind stets durch den Gesetzgeber zu regeln. Beispiele hierfür:

- Für die vertraulichen Stammdaten der Betreiber von Erzeugungs-Anlagen können die Netzbetreiber, an deren Netz die Anlagen angeschlossen sind, automatisch die Freigabe erhalten; dies ist für EE-Anlagen nach der AnlRegV möglich. Zu prüfen ist, ob auch die ÜNB und die zwischengelagerten Netzbetreiber die vertraulichen Daten der EE-Anlagenbetreiber zu Abwicklungszwecken benötigen und dafür automatisch die Freigabe bekommen sollen.
- Bei vertraulichen Stammdaten, die zur Erfüllung einer behördlichen Meldepflicht dienen, muss die jeweiligen Behörde die Freigabe erhalten, vertraulichen Daten zu sehen; wenn dies entsprechend gesetzlich geregelt ist, kann diese Freigabe automatisch erteilt werden.

Über etwaige Veröffentlichungen und über die gesetzlich geregelten Datenfreigaben werden die betroffenen Marktakteure bei ihrer Registrierung umfassend informiert. Dies ist zum einen datenschutzrechtlich erforderlich, es ist aber auch ein Beitrag zum Bürokratieabbau, denn der Marktakteur erfährt, welche anderen Akteure und Behörden auf seine vertraulichen Daten über das Marktstammdatenregister zugreifen können, so dass sich redundante individuelle Datenabfragen und -meldungen erübrigen.

Die privatwirtschaftlichen Marktakteure können sich gegenseitig die vertraulichen Stammdaten freigeben und sich dadurch wechselseitig identifizieren und ihre Daten mitteilen. Individuell erteilte Freigaben können jederzeit wieder entzogen werden. Beispielsweise kann ein EE-Anlagenbetreiber einem Direktvermarktungsunternehmen seine vertraulichen Stammdaten bereitstellen, indem er ihm die Freigabe für seine Daten erteilt. Den Marktakteuren, denen die Freigabe zum Lesen vertraulicher Stammdaten durch Gesetz oder durch persönliche Zustimmung erteilt wurde, werden diese Stammdaten für die Dauer dieser Freigabe zugänglich gemacht. Sofern solche Daten aktualisiert werden, stehen sie diesen Marktteuren jeweils aktuell im MaStR zur Verfügung. Ein Einblick in die Historie der vertraulichen Daten wird vom MaStR aber nur dem Dateninhaber selbst zur Verfügung gestellt.

Alle Stellen, die in dieser Weise Einblick in die vertraulichen Stammdaten erlangen wollen oder müssen, müssen im MaStR als Marktakteur registriert sein. Aus diesem Grund sind Behörden und Bilanzkreisverantwortliche in der obigen Liste der Marktakteure (vgl. 3.1) enthalten.

6.3. Abwicklung energiewirtschaftlicher Prozesse

Das MaStR kann bei der Abwicklung vieler energiewirtschaftlicher Prozesse zu wesentlichen Vereinfachungen führen. Die Daten müssen nicht für jeden Prozess neu erhoben werden, sie werden in standardisierter Weise vorliegen und werden neben der behördlichen Überwachung der Datenqualität durch die BNetzA bei jeder Verwendung aufs Neue plausibilisiert

und dadurch optimiert. Da die Marktakteure ihre Stammdaten im MaStR pflegen und aktuell halten, werden die aus dem MaStR bezogenen Stammdaten eine besonders hohe Aktualität aufweisen. Diese Chancen des MaStR wurden auch in den Stellungnahmen mehrerer Diskussionsteilnehmer hervorgehoben.

Die Nutzung des MaStR entbindet den Dateninhaber allerdings nicht von der Erfüllung seiner gesetzlichen oder vertraglichen Pflichten. Daher kann die Erfüllung dieser Pflichten oder die Abwicklung von energiewirtschaftlichen Prozessen weder über das MaStR erfolgen, noch von der Verfügbarkeit des MaStR abhängig gemacht werden. Dies gilt insbesondere für die Fehlerhaftigkeit von Daten, die der Nutzer kennt oder kennen muss. Hier sind die ihm bekannten richtigen Daten zu Grunde zu legen, der Fehler ist an die BNetzA zu melden (siehe unten).

In jedem praktisch relevanten Fall werden die Stammdaten des MaStR für die vollständige Abwicklung von behördlichen und privatrechtlichen Prozessen nicht ausreichen, weil weitere Daten oder Dokumente auszutauschen sind (Kontonummern, Verträge, Vollmachten, Nachweise, Angaben zu technischen Anlagendetails etc.) und weil eine Historie der vertraulichen Stammdaten benötigt wird. Das MaStR entlastet die sonstigen datenverwaltenden Stellen somit vor allem hinsichtlich der Erfassung und Aktualisierung der Stammdaten und weniger bei der Datenhaltung.

Zu den im MaStR hinterlegten Daten ergeben sich bei den behördlichen und privatrechtlichen Marktakteuren regelmäßig Erkenntnisse über vermeintliche oder tatsächliche Fehler in den Daten. Diese Erkenntnisse sollen der BNetzA übermittelt werden, damit diese beim Dateninhaber auf eine umgehende Bereinigung der Daten hinwirken kann. Insoweit ist die Konzeption des MaStR darauf angelegt, eine hohe Datenqualität zu erreichen. Nichtsdestotrotz sind im behördlichen und geschäftlichen Verkehr Erkenntnisse über Fehler von den Marktakteuren in eigener Verantwortung zu berücksichtigen. Die Eintragungen im MaStR entfalten rechtlich keine Bindungswirkung. Beispiele:

- Sofern über die Nabenhöhe einer Windenergie-Anlage zwischen Anlagenbetreiber und Direktvermarkter ein Dissens besteht, wird der Direktvermarkter seine Prognose der Stromerzeugung nicht nach den Eintragungen des Anlagenbetreibers ausrichten, auch wenn der Anlagenbetreiber den Wert im MaStR (noch) nicht korrigiert hat.
- Eine fehlerhafte Angabe des Netzanschlusspunktes durch den Anlagenbetreiber im MaStR hat für die Abwicklung des Netzbetriebs durch den Netzbetreiber keine Bedeutung.

Die Nutzung der Stammdaten des MaStR wird regelmäßig über Komponenten oder Systeme erfolgen, die die jeweils erforderlichen MaStR-Daten in die eigene Datenhaltung des behördlichen und privatwirtschaftlichen Marktakteurs überführt. Dies gilt auch für die Bundesnetzagentur, die in dieser Hinsicht keine bevorzugten und gesonderten Rechte innerhalb des MaStR genießt. Nachfolgend sollen Komponenten benannt werden, die für die BNetzA erforderlich sind und die unabhängig und abgegrenzt vom MaStR zu realisieren sind:

- Komponente zur BNetzA-internen Stammdatenverwaltung, in der zu den Stammdaten weitere erforderliche Daten gepflegt werden: BNetzA-Betriebsnummer, Zustelladressen, Zuordnungen von Pächter und Verpächter. Auch BNetzA-Erkenntnisse über Fehler in den im MaStR enthaltenen Stammdaten werden bis zu deren Korrektur hier gespeichert.

- Komponente zur Auswertung, Berechnung, Darstellung und Veröffentlichung des EE-Zubaus und der Fördersatzdegression.
- Komponente zur Dateiaustauschverwaltung (soll den gegenwärtig verwendeten „Energie-Client“ ersetzen).

Es ist zu erwarten, dass künftig weitere Aufgaben der Bundesnetzagentur als Komponente zum MaStR ausgestaltet werden, wodurch sich im Datenaustausch mit der Bundesnetzagentur weitere Vereinfachungen ergeben können.

7. Technische Umsetzung

Das MaStR wird als datenbankgestützte Webanwendung mit Zugriff aus dem Internet realisiert. In Übereinstimmung mit dem BSI-Gesetz und mit dem europäischen Sekundärrecht wie der REMIT ist ein hohes Niveau an Datensicherheit zu gewährleisten. Hierzu muss der Entwicklung der Software auch ein entsprechendes IT-Sicherheitskonzept zur Seite stehen.

Verfügbarkeit und Performance des MaStR sollen hoch sein, damit die zahlreichen gleichzeitigen Zugriffe (auch außerhalb üblicher Bürozeiten) nur in Ausnahmefällen vom MaStR nicht beantwortet werden.

Jeder Marktteilnehmer erhält einen passwortgeschützten Zugang und kann seine eigenen Stammdaten eingeben, einsehen und pflegen. Im MaStR werden automatische Plausibilitätskontrollen (Wertebereich, Datentyp etc.) und Eingabehilfen (Pull-Down-Menüs, Auswahlfelder etc.) implementiert, wodurch die Datenqualität bei der Erfassung gesteigert werden soll. Einen schreibenden Zugriff haben ausschließlich die Dateneinhaber selbst und die Administratoren der BNetzA, die z.B. nach einem schriftlichen Auftrag der Dateneinhaber Änderungen der Eintragungen vornehmen können. Die Software wird die künftige Rolle von Smart-Meter-Gateways berücksichtigen, soweit dies zum jetzigen Zeitpunkt möglich ist. Dadurch wird die Möglichkeit der Entwicklung einer intelligenten Marktkommunikation in den Planungen des MaStR berücksichtigt.

Es ist vorgesehen, dass behördliche und privatwirtschaftliche Marktteilnehmer Stammdaten über Schnittstellen automatisiert vom MaStR abrufen können; der Zugriff erfolgt dabei nur auf die Stammdaten, für die der Dateneinhaber selbst oder eine gesetzliche Regelungen die entsprechende Freigabe erteilt hat. Über diese Schnittstellen können von den behördlichen oder privatwirtschaftlichen Marktteilnehmern eigene Systeme mit dem MaStR verbunden werden.

8. Zeitplan

Es ist vorgesehen, die Ausschreibung der Software im Sommer 2015 vorzunehmen, so dass noch 2015 mit der Realisierung begonnen werden kann. Ob es nach der Realisierung zu einer Testphase kommen soll, bedarf noch der Entscheidung.

Empfohlen wird, parallel zur Bereitstellung der Software den gesetzlichen Rahmen wie von diesem Konzept skizziert zu schaffen bzw. anzupassen. Zudem müssen viele weitere Details, insbesondere die Datendefinitionen, erarbeitet werden. Es ist vorgesehen, diese Detailarbeit weiterhin in Abstimmung mit dem Markt vorzunehmen.